

## **BESCHLUSSVORLAGE**

öffentlich

<b>↓ Beratungsfolge</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>TOP</b>
Verwaltungsausschuss der Gemeinde Spiekeroog	09.06.2026	
Rat der Gemeinde Spiekeroog	18.06.2026	

**Betreff:****Resolution „Rettet die Kommunen!“,****Sachverhalt:**

Die finanzielle Situation der Städte, Gemeinden und Landkreise hat sich in den vergangenen Jahren massiv verschärft. Die kommunalen Spitzenverbände in Niedersachsen sprechen mittlerweile von der schwersten kommunalen Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Ursachen sind insbesondere stetig steigende Sozialausgaben, neue gesetzliche Aufgaben ohne ausreichende Gegenfinanzierung, steigende Zins- und Personalkosten sowie stagnierende bzw. teilweise rückläufige Einnahmen.

Das bundesweite kommunale Defizit lag im Jahr 2025 bei rund 32 Milliarden Euro, in Niedersachsen bei rund 3,6 Milliarden Euro. Bereits das Jahr 2024 war von erheblichen Fehlbeträgen geprägt.

Auch die Gemeinde Spiekeroog spürt diese Entwicklung zunehmend deutlich. Zwar ist es der Gemeinde bislang durch eine konsequente Haushaltsdisziplin, zurückhaltende Ausgabenpolitik und verantwortungsbewusste Entscheidungen gelungen, weiterhin einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Im Vergleich zu vielen anderen Kommunen besteht derzeit keine Überschuldung.

Gleichzeitig sind jedoch keine Rücklagen vorhanden und die finanziellen Spielräume werden von Jahr zu Jahr kleiner. Während sich die Einnahmeseite insgesamt nur begrenzt entwickelt, steigen die Ausgaben in nahezu allen Bereichen kontinuierlich an. Dies betrifft insbesondere Personal- und Energiekosten, Umlagen wie die Kreisumlage, Baukosten sowie die Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge.

Zunehmend problematisch ist dabei, dass neue gesetzliche Anforderungen oder gesellschaftlich gewünschte Standards zwar auf kommunaler Ebene umgesetzt werden müssen, eine auskömmliche Finanzierung jedoch häufig ausbleibt. Dies zeigt sich beispielsweise beim Ausbau der Ganztagsbetreuung, bei dem die Kommunen erhebliche Investitions- und Folgekosten tragen müssen, während die bereitgestellten Fördermittel vielfach nicht annähernd kostendeckend sind. Gleiches gilt für notwendige Investitionen im Bereich des Brandschutzes und der Umsetzung von Feuerwehrbedarfsplänen.

Gerade Inselgemeinden stehen hierbei vor besonderen Herausforderungen, da zahlreiche Aufgaben der Daseinsvorsorge unter erschwerten Rahmenbedingungen erfüllt werden müssen.

Vor diesem Hintergrund haben der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund, der

Niedersächsische Landkreistag und der Niedersächsische Städtetag zu einem gemeinsamen Aktionstag sowie zur Verabschiedung entsprechender Resolutionen aufgerufen.

Resolution „Rettet die Kommunen!“

Die Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise befinden sich in der schwersten finanziellen Krise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

Ungebremst steigende Sozialausgaben, immer neue Aufgaben ohne ausreichende Gegenfinanzierung sowie steigende Zins- und Personalkosten führen zu einer strukturellen Überforderung der kommunalen Haushalte.

Während die Einnahmen vieler Kommunen stagnieren oder teilweise bereits rückläufig sind, steigen die Ausgaben in nahezu allen Bereichen deutlich an. Auch die Gemeinde Spiekeroog spürt diese Entwicklung zunehmend deutlich.

Zwar ist es der Gemeinde bislang durch konsequente Haushaltsdisziplin und verantwortungsbewusste Entscheidungen gelungen, weiterhin einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Im Vergleich zu vielen anderen Kommunen besteht derzeit keine Überschuldung. Gleichzeitig sind die Rücklagen weitgehend aufgebraucht und die finanziellen Spielräume werden immer kleiner.

Besonders problematisch ist dabei, dass Bund und Länder immer neue Aufgaben und Standards auf die kommunale Ebene übertragen, ohne eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen. Gerade bei der Ganztagsbetreuung, aber auch im Bereich des Brandschutzes und der kommunalen Infrastruktur, werden die finanziellen Belastungen für die Kommunen immer größer.

Das bundesweite kommunale Defizit erreichte im Jahr 2025 mit rund 32 Milliarden Euro einen historischen Höchststand, in Niedersachsen lag das Defizit bei rund 3,6 Milliarden Euro. Bereits das Jahr 2024 war von erheblichen Fehlbeträgen geprägt.

Die Folgen dieser Entwicklung betreffen längst nicht mehr nur freiwillige Leistungen. Zunehmend geraten auch Pflichtaufgaben unter Druck. Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Kinderbetreuung, Brandschutz und kommunale Einrichtungen werden immer schwieriger.

Der Rat der Gemeinde Spiekeroog fordert das Land Niedersachsen daher auf,

1. die Mittel im kommunalen Finanzausgleich im Rahmen des Doppelhaushalts 2027/2028 deutlich zu erhöhen, mindestens jedoch um eine Milliarde Euro,
2. das Konnexitätsprinzip konsequent anzuwenden und im Bundesrat nur noch Gesetzen zuzustimmen, die vollständig gegenfinanziert sind,
3. sich gegenüber dem Bund für eine grundlegende Reform der Sozialleistungsfinanzierung einzusetzen, die zu einer auskömmlichen Finanzierung der kommunalen Ebene führt.

Der Rat appelliert an Landtag und Landesregierung, die finanzielle Situation der Kommunen mit höchster Priorität zu behandeln und zeitnah wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Ohne entschlossenes Gegensteuern droht vielen Kommunen eine zunehmende Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit.

Starke Kommunen sind die Grundlage eines funktionierenden Gemeinwesens und einer lebendigen Demokratie. Ihre finanzielle Stabilität ist Voraussetzung für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat.

Jetzt ist die Zeit zu handeln.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Gemeinde Spiekeroog schließt sich der Resolution „Rettet die Kommunen“ an.

Spiekeroog, den 19.05.2026	Abstimmungsergebnis:			
	<b>Fachausschuss</b>	Ja:	Nein:	Enth.:
(Kösters, Patrick)	<b>VA</b>	Ja:	Nein:	Enth.:
	<b>RAT</b>	Ja:	Nein:	Enth.:

**Anlagenverzeichnis:**

Infoblatt \_Rettet die Kommunen